

Die Dissenskommission

Von Minderheitsvoten und frühen Meinungsbekundungen, Päpsten und Gegenpäpsten

Zum Schluß haben sie sich noch einmal zusammengerauft. Mit nur einer Enthaltung hat die Rürup-Kommission ihren 377 Seiten langen Abschlußbericht verabschiedet. Doch damit wird nur noch der schwache Anschein von Einigkeit unter den 26 Vertretern unterschiedlichster Interessengruppen und politischer Richtungen erweckt. Wie heftig bis zum Ende über die Empfehlungen für mehr "Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme" gestritten worden ist, zeigen die vielen abweichenden Minderheitsvoten. Allen voran macht die Gewerkschaftsbank deutlich, wie wenig sie von vielen Kommissionsvorschlägen hält.

Überaus offensichtlich wird der Dissens am heutigen Donnerstag werden. Um elf Uhr vormittags wird der Finanzwissenschaftler Bert Rürup, Multiberater der Schröder-Regierung, den Bericht der nach ihm benannten Kommission feierlich Bundessozialministerin Schmidt (SPD) überreichen. Wenn alle Hände geschüttelt und alle Häppchen verzehrt sind, bitten schon der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Paritätische Wohlfahrtsverband zu einer eigenen Pressekonferenz. Sie wollen ihre eigenen, dem Kommissionsergebnis entgegengesetzten Positionen für eine langfristige Stabilisierung von Renten-, Pflege- und Krankenversicherung zu Protokoll geben. Wer will, kann das Gewerkschaftsvotum auch gedruckt im schmalen Einband kaufen: "Sozialstaat - solidarisch, effizient, zukunftssicher" auf 144 Seiten für 7,60 Euro, herausgegeben von der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ursula Engelen-Kefer und dem Chef der Baugewerkschaft, Klaus Wiesehügel - den gewerkschaftlichen Vordenkern in der Kommission.

(...)

Bundeskanzler Gerhard Schröder, noch berauscht vom politischen Erfolg seiner Hartz-Kommission für Reformen auf dem Arbeitsmarkt, wollte das nach seinem überraschenden Wahlsieg im Herbst auf anderen Feldern der Sozialpolitik wiederholen. Auf der innenpolitischen Tagesordnung drängten sich seit längerem vor allem die Sanierung der Krankenversicherung, aber auch der Pflegeversicherung (deren Reform das Bundesverfassungsgericht bis Ende 2004 verlangt) und nicht zuletzt die abermalige Neuordnung der Rentenversicherung.

Schnell hatte man sich im späten Herbst auf eine schlagkräftige Expertenrunde mit 15 Mitgliedern verständigt. Der Darmstädter Wirtschaftsprofessor Rürup, dem Kanzler als "Wirtschaftsweiser" und Chef des Sozialbeirats der Regierung bestens bekannt und überdies seit rund drei Jahrzehnten SPD-Mitglied, war umgehend als Leiter auserkoren. Doch kaum hatte der seine ersten Kandidaten ausgesucht, geriet der Reformfindungsprozeß schon ins Schlingern. Nicht nur in Sozialverbänden und Gewerkschaften, auch in der Regierung wuchsen die Sorgen vor politischen Vorfestlegungen durch eine nur schwer zu kontrollierende Kommission. So wuchs der Arbeitsauftrag und mit ihm die Zahl der Mitglieder. Die Konstellation der Köpfe - zumal nicht alle mit sozialpolitischen Feinheiten auf das genaueste vertraut - führte zeitweilig zu gegenseitigen Blockaden und Ende März, Anfang April sogar an den Rand der Handlungsunfähigkeit, als der Streit um ein Finanzierungsmodell für die Krankenkassen eskalierte.

Beim Thema Gesundheit hat Rürups Organisationsidee, in den Arbeitsgruppen jeweils zwei Vertreter konträrer Auffassungen als "Moderatoren" an die Spitze zu stellen, um die Konsenschancen zu erhöhen und dennoch produktiv zu sein, nicht funktioniert. Der Kölner Medizinwissenschaftler Karl Lauterbach, einer von Ulla Schmidts Lieblingsberatern, und der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gert Wagner wurden auch über die Monate hinweg keine Freunde. Während der eine bis zum Schluß versuchte, an allen Ecken für das von ihm favorisierte Modell einer Bürgerversicherung zu werben, mußte der andere - dem Gegenmodell der Kopfpauschalen in der Krankenversicherung zugeneigt - das im Verein mit Rürup zu verhindern. Am Ende steht eine Empfehlung an die Politik, sie möge sich doch für eines der beiden Modelle entscheiden. Immerhin konstatiert die Kommission, jedes sei besser als das bestehende System. Aber auch die Empfehlung kommt nicht ohne Minderheitsvoten aus. Mit dabei sind Claus-Michael Dill von der Axa-Versicherung und der Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen: Ihnen gehen die Vorschläge "nicht weit genug", den Gewerkschaften und Sozialverbänden gehen sie dagegen viel zu weit.

Besser war das Einvernehmen bei den "Rentnern". In der Arbeitsgruppe fanden die Moderatoren Franz Ruland, Geschäftsführer der Rentenversicherer, und der Mannheimer Wirtschaftsprofessor Axel Börsch-Supan nach anfänglicher Skepsis zu einem produktiven Miteinander. Dabei erwies sich indes als hilfreich, daß sie den schon vorher bekannten Vorstellungen des "Rentenpapstes" Rürup nicht grundsätzlich abgeneigt waren. So soll das Renteneinstiegalter von 2011 an bis 2035 schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht werden. Außerdem soll der Rentenanstieg durch einen "Nachhaltigkeitsfaktor" gedämpft werden, der die demographische Entwicklung widerspiegelt.
(...)

Den vollständigen Artikel finden Sie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28.03.2003.